

Gekämpft und gewonnen: Unternehmer fordern Befreiung von Abgaben!

Am 11. Dezember 2024 informiert die Freiheitliche Wirtschaft über neue ORF-Haushaltsabgabe und Möglichkeiten zur Befreiung für Unternehmer.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die Einführung der neuen ORF-Haushaltsabgabe im Jahr 2024 sorgt für Unruhe unter Unternehmerinnen und Unternehmern in Österreich. Diese Abgabe gilt für alle, unabhängig davon, ob ein Rundfunkempfangsgerät genutzt wird oder nicht. Besonders betroffen sind jene, die ihren Hauptwohnsitz und ihre Betriebsstätte unter derselben Adresse gemeldet haben. Laut der Freiheitlichen Wirtschaft leiden die Betriebe unter einer zusätzlichen finanziellen Belastung und kämpfen bereits für eine wesentliche Entlastung. KommR Günter Burger, Obmann der Freiheitlichen Wirtschaft Kärnten, äußert seine scharfe Kritik an der restriktiven Handhabung der Befreiungsregelungen. „Unsere Unternehmer brauchen weniger Bürokratie und klare Regeln“,

fordert er vehement, wie auf [ots.at](https://www.ots.at) berichtet wird.

Restriktionen der Befreiung und die Reaktion der Wirtschaft

Um sich von der betrieblichen Abgabe befreien zu lassen, müssen zahlreiche strenge Kriterien erfüllt werden. Die ORF-Beitrags Service GmbH prüft Anträge sehr genau, was die Anforderungen an die Adressdaten betrifft. Wie bereits in der Diskussion um die Abgabe festgestellt wurde, ist eine Befreiung ausgeschlossen, sobald es abweichende Tür-/Top-Nummern gibt. Burger appelliert eindringlich an alle Unternehmerinnen und Unternehmer, ihr Recht auf Befreiung wahrzunehmen und die Möglichkeit der Antragstellung zu nutzen. Seine Organisation, die Freiheitliche Wirtschaft, setzt sich mit der Kampagne „Es reicht!“ für weniger Bürokratie und eine schnellere Genehmigungsverfahren ein.

Darüber hinaus gibt es auch einen wichtigen Aspekt zu beachten, der die Verbindung von Arbeit und Demokratie betrifft. Laut einem Bericht auf [unisg.ch](https://www.unisg.ch) ist es entscheidend, dass Beschäftigte in Unternehmen ausreichend entlohnt werden, um politisch aktiv sein zu können. Diese Überlegungen wurden bereits in den 1960er Jahren formuliert und sind angesichts heutiger Entwicklungen mehr denn je von Bedeutung. Eine demokratische und partizipative Arbeitsumgebung kann nicht nur den wirtschaftlichen Erfolg fördern, sondern auch die Werte einer freiheitlichen Gesellschaft stärken. Die Unternehmen werden aufgefordert, sich stärker für eine demokratische Beteiligung ihrer Mitarbeiter einzusetzen, um einen positiven Beitrag in der Gesellschaft zu leisten.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.unisg.ch

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at